

«Klar gibt es kritische Stimmen, wenn man konkrete Lösungsansätze zur Diskussion stellt»

Interview Erbprinz Alois hat in seiner Thronrede die Studie zum Thema **Alterspflege** der Stiftung Zukunft.li aufgegriffen und den Landtag aufgefordert, das darin vorgeschlagene Modell zu prüfen. Auch sonst haben Thomas Lorenz und Peter Beck mit ihren Studien in den letzten 2,5 Jahren wichtige Impulse geliefert - mit unterschiedlicher Resonanz.

VON DORIS QUADERER

«Volksblatt»: Ihre jüngste Studie hat sich dem Thema **Alterspflege** gewidmet. Darin haben Sie vorgeschlagen, ein vererbbares **Pflegekapital** einzuführen. Jede und jeder müsste ab einem gewissen Alter dann quasi neben der Pensionskasse auch noch in eine Pflegeversicherung einzahlen. Im Fall einer Pflegebedürftigkeit könnte das Konto dann angezapft werden, sonst würde das Kapital in die Erbmasse fließen. Der Erbprinz hat nun dieses Thema prominent aufgegriffen. Vonseiten der Politik gab es im Herbst aber noch Skepsis. Thomas Lorenz: Nun, wir haben die Grundidee des «vererbbares Pflegekapitals» von Avenir Suisse aufgegriffen. Sie geht davon aus, dass freiwilliges Sparen für die Finanzierung der **Alterspflege** nicht oder zumindest nicht im notwendigen Ausmass stattfindet und damit die kommenden Generationen eine hohe Finanzierungslast erben, wenn wir keine Anpassungen vornehmen. Natürlich - das ist nicht anders zu erwarten - gibt es auch kritische Stimmen, wenn man solch konkrete Lösungsansätze zur Diskussion stellt. Einige können dem Grundgedanken eines angesparten

Pflegekapitals durchaus etwas abgewinnen, für andere kommt er nicht infrage. Nur habe ich noch nicht vernommen, wie ein alternativer Lösungsansatz für eine generationengerechte Finanzierung der **Alterspflege** aussehen könnte. Ein Hauptziel unserer Studie war es aufzuzeigen, dass wir aufgrund der demografischen Veränderungen nicht nur in der **Altersvorsorge** - also im **Rentenbereich** -, sondern auch in der **Alterspflege** grosse Herausforderungen vor uns haben. Ich bin der Meinung, diese Sensibilisierung für das Thema ist uns zumindest in politischen Kreisen nicht schlecht gelungen. Dass seine Durchlaucht der Erbprinz das Thema so prominent ins Zentrum seiner diesjährigen Thronrede gestellt hat, hat uns natürlich sehr gefreut und bestärkt.

Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini hat im Landtag im Rahmen einer aktuellen Stunde bereits eine andere Idee vorgestellt. Gemäss seinem Vorschlag dürfte bei **Rentenantritt** nur ein Teil des Altersguthabens aus der zweiten Säule bezogen werden. Ein gewisser Betrag müsste bis zum Fall einer Pflegebedürftigkeit auf dem Pensionskassenkonto verbleiben und könnte erst dann bezogen werden. Wäre das ein passabler Kompromiss? Thomas Lorenz: So viel anders ist diese Idee ja gar nicht: obligatorisches Sparen, das später teilweise für die Finanzierung der **Alterspflege** eingesetzt wird. Es gibt dennoch zwei relevante Unterschiede zu dem von uns empfohlenen Ansatz: zum einen werden mit der vom Gesell-

schaftsminister skizzierten Idee die Arbeitgeber, die mindestens 50 Prozent der Beiträge in der zweiten Säule einbringen, in die Finanzierung involviert. Und zum anderen sinken die Renten aus der zweiten Säule, wenn nicht das gesamte angesparte Kapital in eine Rente umgewandelt wird.

In der Wirkung steht dem Einzelnen auch mit diesem Ansatz weniger verfügbares Einkommen zur Verfügung. Damit werden wir alle konfrontiert werden: Der starke Anstieg der Anzahl Personen im hohen Alter wird die **Pflege- und Betreuungskosten** um den Faktor vier erhöhen. Zur Finanzierung stehen Mittel der öffentlichen Hand, der Krankenkassen und der Personen, die **Pflege- und Betreuungsleistungen** benötigen, zur Verfügung. Andere Finanzierungsquellen werden wir nicht finden und wir sind der Meinung, dass das Finanzierungssystem deutlich in Richtung mehr Eigenverantwortung angepasst werden soll. Dabei muss aber die wirtschaftliche Situation des Einzelnen berücksichtigt werden. Wer schon ein tiefes **Einkommen** hat, kann nicht noch zusätzlich zum Sparen für das Alter verpflichtet werden. Hier ist die Solidarität der Gesellschaft weiterhin notwendig und richtig.

In einer anderen Studie haben Sie den Finanzausgleich zwischen Land und Gemeinden unter die Lupe genommen und «Argumente für eine Neuausrichtung» geliefert. Aber auch hier war die Resonanz vonseiten der Politik eher verhalten - Anpassungen Ja, eine komplette Neuausrichtung Nein, so der Tenor. Ist die Politik hier nicht mutig genug? Thomas Lorenz: Es ist richtig, dass die Regierung in einer Interpellationsbeantwortung die gestellten Fragen recht verhalten beantwortet hat. Wenn Sie allerdings die Debatte dazu im Landtag mitverfolgt haben, haben Sie bemerkt, dass verschiedene Landtagsvertreter damit nicht zufrieden waren und sich von der Regierung konkrete nächste Schritte erwarten. Ausserdem hat die Parteilührung der FDP das Thema als eines von drei Hauptpunkten für ihre Politik im ersten Halbjahr 2018 definiert.

Welches wären denn aus Ihrer Sicht die zentralen Schrauben, an denen die Politik diesbezüglich unbedingt drehen müsste?

Thomas Lorenz: Es gibt zwei Themen: zum einen das Finanzausgleichssystem selbst, zum anderen die Aufgabenteilung zwischen Land und Gemeinden. Ich denke, bei der Aufgabenteilung herrscht weitge-

hend Konsens darin, dass verschiedene Aufgabengebiete heute in Bezug auf das Zusammenspiel von Verantwortung und Finanzierung nicht gelöst sind. Dazu zählen zum Beispiel die Finanzierung der

Primarlehrpersonen, der Ergänzungslösungen oder der ambulanten und stationären **Alterspflege**. Der Grundsatz «Wer zahlt, befiehlt» spielt hier nicht ausreichend. Lösungen zu finden ist nicht einfach, aber möglich. Ansätze dazu haben wir in unserer Studie aufgezeigt.

THOMAS LORENZ

«Der starke Anstieg der Anzahl Personen im hohen Alter wird die **Pflege- und Betreuungskosten** um Faktor vier erhöhen.»

Und zum Finanzausgleich selbst?

Thomas Lorenz: Würden Sie die Haltung teilen, dass die öffentliche Hand so viel Steuern einnehmen soll, wie sie zur Aufgabenerfüllung sowie zur Schaffung eines definierten Reservenpolsters benötigt? Ich habe noch kaum jemanden getroffen, der nicht dieser Meinung ist. Und doch haben wir heute ein System, das - wenn wir die Landes- und die Gemeindehaushalte zusammen betrachten - genau das Gegenteil bewirkt. Wir schreiben den Gemeinden vor, wie viel sie mindestens an Steuern einheben müssen, obwohl Einzelne von ihnen gar nicht so viele Einnahmen brauchen. Und dann werden die hohen Reserven der Gemeinden kritisiert, obwohl sie gar nicht die Möglichkeit haben, diese abzubauen. Mit dieser Systematik geht die Schere zwischen den reichsten Gemeinden Vaduz und Schaan und den übrigen immer weiter auseinander. Und auch bei den anderen neun Gemeinden gibt es relevante Unterschiede. Um auf Ihre Frage zurückzukommen: die zentrale Stellschraube wäre die Einführung eines horizontalen Finanzausgleichs, kombiniert mit einem sinnvollen Lastenausgleich. Im Endeffekt könnte so darüber nachgedacht werden, die untere Mindeststeuergrenze der Gemeinden zu senken oder ganz aufzuheben und damit die Gemeindeautonomie zu stärken.

In Ihrer Studie «Knacknuss Wachstum und Zuwanderung» zeigten Sie auf, dass Liechtensteins Wirtschaft in den vergangenen Jahren zwar gewachsen ist, allerdings nur aufgrund von Zuwanderung und nicht durch Produktivitätssteigerung. Durch die hohe Zahl an Grenzgängern bringe das Wachstum im Inland nicht mehr Wohlstand, folgeren Sie. Zeichnet sich diesbezüglich eine Kehrtwende ab oder läuft das Wachstum ungebrems weiter?

Thomas Lorenz: Das sind zwei Fragen. Von einer Kehrtwende bezüglich Wirtschaftswachstum sind wir wohl weit entfernt. Nach schwierigen Jahren - Finanzkrise, Finanzplatzkrise, Frankenstärke - scheint die Wirtschaft wieder hervorragend zu laufen. Wir sehen nach wie vor ein starkes Arbeitsplatzwachstum bei sehr tiefer Arbeitslosigkeit.



Peter Beck: Fast 85 Prozent dieser neuen Arbeitsplätze werden aber durch Grenzgänger besetzt. Dies ist auch notwendig, da in Liechtenstein praktisch Vollbeschäftigung herrscht. Dadurch werden aber Löhne ins Ausland bezahlt und dort konsumiert. In Bezug auf die Pendler aus der Schweiz kann nicht einmal

markt auf die Zukunftsfähigkeit. Gibt es bereits Erkenntnisse daraus, die Sie besonders erstaunt haben?

Peter Beck: Es gibt einige Punkte, die wir in dieser Deutlichkeit nicht erwartet haben. Zum Beispiel ist die Anzahl Personen, welche nicht einmal über einen Lehrabschluss verfügen, in Liechtenstein signifikant höher als in der Schweiz. Wie sich diese Gruppe zusammensetzt, zeigen wir im Anfang Februar erscheinenden «Fokus Arbeitsmarkt» auf. Daneben haben wir die arbeits- und sozialversicherungsrechtlichen Grundlagen mit denjenigen in Österreich und der Schweiz verglichen und beleuchten mögliche Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf den Arbeitsmarkt. Wir befassen uns zudem mit den Ursachen einer tiefen Produktivität und zum Schluss wagen wir einen Blick in die Zukunft der Arbeit. Wir wollen damit anregen, sich bereits heute mit den anstehenden Herausforderungen des Arbeitsmarktes zu befassen.

«Die Anzahl Personen, welche nicht einmal über einen Lehrabschluss verfügen, ist in Liechtenstein signifikant höher als in der Schweiz. Das hat uns überrascht.»

PETER BECK

Zum Thema Arbeitsmarkt werden Sie in Kürze auch einen «Fokus» vorstellen. Dabei prüfen Sie den Arbeits-



Die nächste grosse Studie der Stiftung Zukunft.li wird sich dem Thema Raumplanung widmen. Schliesslich werde der Umgang mit dem knappen Gut «Boden» in Bezug auf verschiedene Aspekte entscheidend sein, sind Geschäftsführer Thomas Lorenz (links) und Peter Beck überzeugt. (Foto: Roland Körner)

Wie geht es mit Ihrer Arbeit weiter? Was darf man 2018 von Ihnen erwarten?

Thomas Lorenz: Für 2018 planen wir bis anhin drei Publikationen. In Kürze erscheint der von Ihnen angesprochene «Fokus» zum Arbeitsmarkt. Im Frühjahr wird eine Studie erscheinen, die sich mit dem Effizienzpotenzial der liechtensteinischen Gemeinden auseinandersetzt. Und gegen Jahresende beleuchten wir in einer weiteren Studie Fragen zur Raumentwicklung.

Das Thema Raumplanung ist aber ein ganz heisses Eisen. Gerade kürzlich sagte Andreas Brunhart, Forschungsbeauftragter für Wirtschaft am Liechtenstein-Institut in einem Interview mit dem «Wirtschaft Regional», dass der Umgang mit dem Boden und dessen raumplanerische und steuerliche Lenkung in Zukunft matchentscheidend sein werden. Wie stehen Sie zu dieser Einschätzung?

Peter Beck: Ja. Der Umgang mit dem knappen Gut «Boden» wird in Bezug auf verschiedene Aspekte entscheidend sein. Zum einen ist Boden ein Produktionsfaktor, zum Beispiel für die Landwirtschaft oder für Indust-

rie und Gewerbe als Standort für Anlagen. Wir benötigen Boden aber auch, um den Verkehr zu bewältigen, unabhängig vom gewählten Verkehrsmittel. «Raum» in seiner Vielfalt ist ein entscheidender Faktor für die Lebensqualität. Er muss verschiedene Rollen übernehmen, die sich teilweise ausschliessen. Dies optimal zu steuern ist eine Herausforderung, der wir uns aktiv stellen müssen.

Welchen Fragestellungen werden Sie in diesem Zusammenhang nachgehen?

Peter Beck: Wir befassen uns mit der Siedlungsentwicklung an sich. Wie wurde Liechtenstein so, wie es heute ist und wie kann sich das Land weiterentwickeln. Für diesen Bereich arbeiten wir mit der Universität Liechtenstein zusammen. Neben diesem Aspekt befassen wir uns aber auch mit den Themen Verkehr und Bodenmarkt. Zwei spannende Themen, die unser Land in Zukunft noch beschäftigen werden. In beiden stehen wir zwangsläufig vor entscheidenden Weichenstellungen. Wir möchten dazu einen Input liefern, um zukunftsfähige Lösungen zu finden.